

UNION IN DEUTSCHLAND

Informationsdienst der Christlich - Demokratischen und Christlich - Sozialen Union Deutschlands
HERAUSGEGEBEN VON BRUNO DÖRPINGHAUS

Deutschland - Union - Dienst (DUD)

Ausgabe für alle Mitarbeiter in der CDU/CSU

Verlag und Redaktion Frankfurt a. M., Bettinastraße 64 - Fernruf 77178/77906/75924

Zahlungen an: Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands auf: Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 39967
Hessische Bank Frankfurt a. M.-Nr. 125739; Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Nr. 36099

Nr. 188 / 3. Jahrgang

Frankfurt a. M., 12. November 1949

Seite 1

A III 1a CDU/CSU

SPD treibt konfessionelle Brunnenvergiftung

Als eine Perfidie sondergleichen muß man die Ausbrüche des Hasses und der persönlichen Verärgerung bezeichnen, zu denen der SPD-Abgeordnete des Bundestages, der gewesene hessische Staatssekretär Prof. Dr. Brill sich hat hinreißen lassen. Er bezeichnete laut „Frankfurter Neue Presse“ vom 7. November die Wahl Bonns als einen „Sieg des katholischen Partikularismus“ und als dessen „Versuch, das politische Gesicht Deutschlands zu verfälschen.“ Die Regierung Dr. Adenauers charakterisierte er als eine „katholisch verkleidete Regierung der politischen Reaktion.“

Abg. Dr. Brill hat sich damit, was für uns niemals in Frage stand, als ein willfähriger Gefolgsmann seiner hannoverschen Parteiführung erwiesen, die schon vor Wochen allen Ernstes versuchte, die Auseinandersetzungen über die Bundeshauptstadtfrage auf das konfessionelle Gebiet hinüberzuspielen. Den Anfang machte der niedersächsische Flüchtlingsminister, Pastor Heinrich Albertz, mit einem Aufsatz im „Neuen Vorwärts“, dem Zentralorgan der SPD, in dem er auf die „Gefahr der Gegenreformation“ hinwies. Was Albertz beunruhigte, war der Umstand, daß durch die Zerreißung Deutschlands im Westen ein Staat entstanden ist, dessen Organe nach Auffassung von Minister Albertz bekenntnismäßig eine katholische Mehrheit aufweisen. Daraus zog Herr Albertz Folgerungen, die an dem berühmten Kampf gegen Windmühlenflügel erinnerten. Kennzeichnend für die Richtigkeit dieser Feststellung sind folgende Sätze aus dem Artikel des niedersächsischen Staatsministers: „Das konfessionelle Gesicht Deutschlands hat sich in einer tragischen Weise verschoben . . . ist ganz ohne Zweifel der Purpur der Kardinäle die wichtigste Farbe gewesen, die Bonn bei seiner Eröffnung zeigte. Es ist kein Geheimnis mehr, wer die politischen Entscheidungen Westdeutschlands wesentlich beeinflußt . . . daß die augenblickliche Situation Deutschlands zugleich der größte Gewinn für die Politik der römischen Kurie bedeutet.“

Daß diese konfessionelle Verhetzung des deutschen Volkes planmäßig und mit Wissen und Unterstützung der höchsten

Parteistellen erfolgte, beweisen Auslassungen des SPD-Partei-chefs Dr. Schumacher, die dieser Ende Oktober in einer Pressekonferenz machte. Dem Vorsitzenden der SPD war es vorbehalten, der politischen Aufspaltung Deutschlands ein konfessionelles Moment zu unterschreiben. Er sprach von einer Zunahme der katholischen Bevölkerung in Westdeutschland und einem protestantischen Charakter der Sowjetzone und leitete daraus den Schluß ab, mit dieser Verschiebung habe der „Westen seine Anziehungskraft für den Osten weitgehend verloren.“ Diese Behauptung verliert auch dadurch nichts von ihrer zersetzenden Tendenz, daß sie sachlich völlig unzutreffend ist. Dr. Schumacher hat sich um die religiösen Belange evangelischer wie katholischer Prägung wenig gekümmert, sonst müßte er wissen, daß es heute in Deutschland kaum mehr größere Gebiete gibt, die man als ausschließliche Sphäre dieses oder jenes Bekenntnisses bezeichnen könnte.

Die verhetzenden Darstellungen der SPD-Führung hat der SPD-Abg. Prof. Brill in nicht zu übertreffender Weise überboten. Was in Hannover ausgedacht wird, hat er mit rücksichtsloser Offenheit ausgesprochen. Daß es diesen Brunnenvergiftungen gar nicht um Probleme der Bekenntnisse und erst recht nicht um die Bundeshauptstadt geht, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Der Pfeil richtet sich gegen die Synthese der beiden großen christlichen Bekenntnisse, wie sie im politischen Bereich in der CDU/CSU Gestalt gewonnen hat. Das Zusammenstehen verschiedener Gruppen bedeutet auch im politischen Sektor immer eine „Nahtstelle“, und diese möchte Dr. Schumacher mit seinen Freunden aufbrechen, um durch Spaltung des starken christlichen Blocks die eigene Partei an die erste Stelle zu spielen. Diese Versuche sind so alt wie die CDU/CSU selbst und waren bisher noch immer zum Scheitern verurteilt. Gerade auf Grund verschiedener Entwicklungen der letzten Zeit besteht die begründete Aussicht, daß dies auch in der Zukunft der Fall sein wird.

A IV 7 c Wohnungsbau

Zur Entwicklung in der Bauwirtschaft

In ihrem wirtschaftlichen Lagebericht für September 1949 kommt die mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Bundeswirtschaftsministers beauftragte Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes zu folgender Gesamtbeurteilung:

„Wenn an der Spitze dieses erstmalig für das gesamte Bundesgebiet erstatteten Berichtes die Feststellung getroffen werden kann, daß die westdeutsche Wirtschaft im September beachtliche Fortschritte machen konnte, so ist diese Entwicklung zunächst nur als relativ günstig im Vergleich zu den durch mancherlei Hemmungen abgehemmten Anstrengungen der letzten Monate zu werten. Zu einem entscheidenden Umschwung wird die Belebung indessen nur dann führen, wenn eine stärkere Mobilisierung der latenten Entwicklungskräfte durch geeignete kredit- und steuerpolitische Maßnahmen sichergestellt wird. Das Produktions- und Absatzvolumen hat sich im Berichtsmonat unzweifelhaft kräftig ausgeweitet und es darf angenommen werden, daß sich die zeitweise auftretende Schere zwischen beiden zumindest nicht weiter geöffnet, sondern eher geschlossen hat.“

Zur Entwicklung auf dem Gebiete der Bauwirtschaft führt der Bericht aus:

„Die Lage und Entwicklung der Bauwirtschaft wird vielfach zu ungünstig beurteilt. Das Fehlen der größeren Bauobjekte aus Mitteln der öffentlichen Hand, an die sich die Bauwirtschaft in dem verflossenen Jahrzehnt gewöhnt hatte, und die entsprechend unbefriedigende Beschäftigung vieler Großbau-firmen läßt leicht übersehen, daß dank der Fülle breitgestreuter Klein- und Mittelaufträge die Bauwirtschaft im ganzen verhältnismäßig gut beschäftigt ist. So hat sich die Zahl der insgesamt im Baugewerbe Beschäftigten von 972 000 Ende März auf 1 141 000 Ende September erhöht, denen nur noch 57 300 Bau-facharbeiter gegenüberstehen. In einigen Ländern, so z. B. in Nordrhein-Westfalen, ist die Arbeitslosigkeit in diesem Beruf fast verschwunden. Hamburg berichtet, daß die Bautätigkeit bereits den Vorkriegsstand überschritten hat.“

Die anhaltend starke Nachfrage nach Baustoffen und das auf manchen Gebieten, z. B. Zement, Dachziegeln, keramische Platten usw. nicht ausreichende Angebot, auch die Meldung, daß die kritische Lage der Leichtbauplattenindustrie anscheinend überwunden ist, lassen ebenso wie die anhaltend günstige Beschäftigungslage der baumarktabhängigen Industrien, wie Lacke

MITTELDEUTSCHE CREDITBANK

HAUPTVERWALTUNG FRANKFURT AM MAIN

Neue Mainzerstraße 32—36

Telefon 40441 und 41047

ABTEILUNG FÜR PRIVATKUNDSCHAFT

DEPOSITENKASSE BOCKENHEIM

GESCHÄFTSSTELLEN IN HESSEN:

Eschwege	Höchst	Offenbach
Friedberg	Kassel	Wetzlar
Giessen	Marburg	Wiesbaden
Hanau	Neu-Isenburg	Wiesbaden-Kastel

Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte — Führung von Sparkonten

AKKREDITIERTE AUSSENHANDELSBANK

Weinhaus Fendel • Weingut Fendel

Rüdesheim - Eibingen / Rheingau

Nur Eigenbauweine von bekannter Qualität

*

Gartenterasse mit herrlichem Rheinblick

Kirchenglocken

seit 1570



B. Grüniger Söhne R.G.

Villingen (Baden) Neu-Ulm (Donau)

DEUTSCHE FASERSTOFF

G. M. B. H.

Freden (Leine)



Flachsaufbereitungs-
und Flockenbastwerk

Weingut und
Weinversand



JOHANN LEONH. ESER

Oestrich / Rheingau

Landstraße 52

Rheingauer
Qualitätsweine
in günstigen Preislagen

Verlangen Sie die Weinliste

und Farben, Beschläge, Möbel, Installationsmaterial usw., darauf schließen, daß der Baumarkt, konjunkturell gesehen, mindestens nicht ungünstig liegt.

Gleichwohl bleibt naturgemäß festzuhalten, daß das gesamte Bauvolumen, gemessen an der Dringlichkeit des Wiederaufbaubedarfs, noch viel zu gering ist. Da dem eine gegenüber nor-

malen Vorkriegszeiten stark gewachsene Zahl von Baufirmen mit gesteigerter Kapazität gegenübersteht, hält auf dem Baumarkt der Preisdruck nach wie vor an. Insbesondere kann ein erheblicher Teil des Maschinen- und Geräteparks der größeren Baufirmen (in Hamburg wird er auf 50 Prozent geschätzt) durch das Fehlen von Großbaustellen nicht eingesetzt werden."

A III 2 d Politische Gruppen

Politische Gruppen und Verbände

Professor Noack und der „Nauheimer Kreis“

Wo von Ost-West-Gesprächen die Rede ist, taucht auch der Name des Würzburger Geschichtswissenschaftlers Ulrich Noack auf, der die Anhänger des von ihm begründeten „Nauheimer Kreises“ für den 18./20. November zu einer Deutschlandtagung nach Rengsdorf eingeladen hat. Prof. Noack vertritt den Standpunkt, daß sich der „Eurasische Block“ und der „Atlantische Block“ unversöhnlich gegenüberstehen und daß diese Zweiteilung der Welt unüberwindbar sei. Zwischen diesen beiden Blocks vermag nach seiner Ansicht nur ein isoliertes, d. h. neutralisiertes Deutschland ein Garant des Friedens zu sein. Zwischen die beiden großen Machtblocks müsse eine „Zone des Friedens“ gelegt werden, die sich von den nordischen Staaten über Deutschland bis zur Schweiz hinzieht. Anfang Januar 1949 wurde auf der Regensburger Tagung des Nauheimer Kreises der Entwurf eines Neutralisierungsvertrages für Deutschland angenommen und Ende Januar 1949 von Prof. Noack in London vor britischen Parlamentariern erörtert. Eine für April anberaumte Tagung in Aschaffenburg wurde von der amerikanischen Militärregierung auf Grund einer Stellungnahme der sowjetisch lizenzierten „Täglichen Rundschau“ zum Programm des Nauheimer Kreises verboten. Auf dieser Tagung sollte zu einer Unterhausanfrage zu Noacks Neutralisierungsvertrag Stellung genommen, eine von der SED in Leipzig ergangene Einladung erörtert und die Möglichkeit eines Zusammenschlusses mit der Europa-Union besprochen werden. Im letzten September hat Noack auf einer Vortragsreise in die Ostzone seine Ideen propagiert und dabei betont, daß der Westen Deutschlands teils

infolge falscher Unterrichtung, teils wegen mangelnder Gelegenheit zu eigener Beobachtung, die Dinge im Osten nicht immer richtig beurteile und deshalb zu falschen Schlussfolgerungen komme. Noack unterstrich ferner die Notwendigkeit, sowohl mit dem Westen wie mit dem Osten und Südosten Europas, vor allem mit der Sowjetunion, in guten wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zusammenzuleben. Hervorzuheben ist Noacks Äußerung, daß der Nauheimer Kreis dasselbe Ziel verfolge wie die Nationale Front, d. h. Prof. Noack bekennt sich in Übereinstimmung mit der SED zu der Auffassung, daß die Oder-Neiße-Linie die endgültige deutsche Ostgrenze sei. Zum „Nauheimer Kreis“ gehörte zeitweilig auch August Haußleiter, der sich jedoch am 25. Mai 1949 von Prof. Noack lossagte. Zu der Rengsdorfer Tagung beabsichtigen nach einer Mitteilung der ostzonalen Zeitung „Neue Zeit“ vom 2. November seitens der CDU der Ostzone Otto Nuschke, Prof. Hickmann, Prof. Fascher und Kurt Grobbel sowie ein Vertreter der Ost-CDU Berlins teilzunehmen. — Von Beamten der norwegischen Mission in Deutschland wird neuerdings gegen Prof. Noack der Vorwurf erhoben, daß er 1939 Vidkun Quisling, den norwegischen Faschistenführer, Hitler vorgestellt habe. Noack sei der Hauptverantwortliche für den Gang der Ereignisse in Norwegen im Jahre 1940. Noack, der seinerzeit Professor der deutschen Sprache an der Universität Oslo war, habe mit diesem Amt seine Spionagetätigkeit für die deutsche Gesandtschaft getarnt. Er soll nach den Informationen der norwegischen Gewährleute seit 1939 Mitglied der NSDAP gewesen sein.

A IV 1 e Schulwesen

Die Schulausbildung in den Ländern der Deutschen Republik im Urteil eines führenden USA-Wirtschaftspolitikers

Der Informationsdienst des Verwaltungsrates veröffentlichte unlängst folgende Information Nr. 155, die wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung auch heute noch Beachtung verdient.

„Der Berater für den Marshall-Plan hat an die Kultusminister und obersten Schulbehörden der westdeutschen Länder ein Schreiben gerichtet, in dem er auf die Mängel der gegenwärtigen Schulausbildung in den modernen Fremdsprachen hinweist. In dem Schreiben wird vor allen Dingen die Buntscheckigkeit des Ausbildungsplanes der einzelnen Länder hervorgehoben, der bei jedem Schulwechsel Schwierigkeiten in der Fortbildung hervorruft. Angesichts der großen Bedeutung der englischen und französischen Sprache für den deutschen Nachwuchs bei der Mitarbeit an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb von Europa fordert er eine stärkere Berücksichtigung der englischen und französischen Sprachausbildung in den Lehrplänen der Deutschen Oberschulen und schlägt die Zusammenarbeit aller westdeutschen Länder zu diesem Zweck vor. Er verlangt schließlich eine stärkere Förderung der Sprechgewandtheit im Unterricht, die heute häufig zu Gunsten der grammatikalischen Ausbildung vernachlässigt wird.“ (Information Nr. 155 des Informationsdienstes beim Verwaltungsrat.)

Zu dieser Darstellung nimmt Kultusminister a. D. Dr. F. Schramm, Johannesberg/Rhg. wie folgt Stellung:

Zwei Erscheinungen im heutigen Schulwesen des Deutschen Bundes werden hier kritisch herausgestellt und Vorschläge für ihre Aenderung gemacht: Die Buntscheckigkeit der deutschen Schulausbildung, die durch Zusammenarbeit der westdeutschen Länder beseitigt werden soll und die mangelhafte Berücksichtigung der englischen und französischen Sprachausbildung in den Lehrplänen und stärkere Förderung der Sprechgewandtheit in diesen Welt Sprachen.

Diese Kritik und Verbesserungsvorschläge werden von uns Deutschen ernstgenommen. Wenn im folgenden versucht wird, auf die Ursachen einzugehen, die diese Zustände ausgelöst haben, so soll gleichzeitig ein Weg gewiesen werden, wie wir uns eine Beseitigung dieser Mängel vorstellen:

Die Siegernationen haben 1945 wie in der allgemeinen Verwaltungspolitik so auch in der Schulpolitik keine Einheit erreichen können. Jede Besatzungsmacht sah es deshalb als ihre Pflicht an, in der ihr zugewiesenen Zone nach eigenen Gesichtspunkten zu verwalten und z. B. auch das Schulwesen etwa nach dem Vorbild ihrer Länder zu gestalten. So hat sich mehr oder weniger zwangsläufig die Buntscheckigkeit in der Schulausbildung entwickelt, die namentlich heute auffällt und von allen Betroffenen bedauert wird. Denn bei der Schaffung der Bundesorgane und bei der bundesstaatlich eingeleiteten Wirtschaftsplanung über die Zonengrenzen hinaus ist die erforderliche Freizügigkeit ernstlich in Frage gestellt, da die Umschulung der Kinder an der Verschiedenartigkeit der Schulgestaltung scheitert. Die Buntscheckigkeit gilt ja nicht nur für den äußeren Aufbau des Schulwesens — vier-, sechs- oder achtjährige Grundschule, grundständiges Gymnasium oder Aufbauoberschulen — sie zeigte sich auch besonders verwirrend bei der Wahl der grundlegenden lebenden Fremdsprache, die auf Anordnung der Besatzungsmächte jeweils Russisch, Französisch oder Englisch sein sollte.

Es war deshalb seit 1945 ein ernstes Anliegen aller deutschen Kultusminister, über die Grenzen der neugebildeten Länder und Zonen hinaus eine einheitliche Zielsetzung im Bildungswesen zu suchen und in ihren Schulreformplänen zu verwirklichen. Wenn dies schon im äußeren Aufbau mißlang — auch durch die Einwirkung der Besatzungsmächte, die z. B. in der russischen Zone die achtjährige Grundschule befahlen und in der USA-Zone die sechsjährige dringend empfohlen — so zeigte es sich ebenso bei der Wesensbestimmung echter Menschenbildung, daß keine Einheit erreicht werden konnte, da in dem Erziehungswerte „Menschlichkeit“ (humanitas) die verschiedensten Welt- und Menschenansichten auch der heutigen Deutschen: das christliche Menschenbild, das neuhumanistisch-liberale, das naturalistische oder das marxistische je nach der parteipolitischen Zusammensetzung der gesetzgebenden Körperschaften in den einzelnen Ländern zur Verwirklichung drängten. Trotzdem blieb es das vordringlichste Anliegen der

AE

Hochwertiger

Grau- und Stahlguß

für die gesamte gußverbrauchende Industrie
in bekannter Velberter Qualität

Maschinelle Groß-Serienherstellung
bei Stückgewichten bis etwa 60 kg

Spezial-Fertigung:

Gußeiserne AE - Ventile

Wir befriedigen alle Ansprüche.

August Engels G. m. b. H.

Velbert

Zweigwerk Delligsen (Braunschweig)

Ruf Alfeld 685, 743, Fernschreiber.

Druckereibetrieb

mit Setzmaschine und Stereotypie, ist
durch Grenzverhältnisse ohne Arbeit.

Vertrauen daher Sie uns Ihre Druckaufträge an
Ausgeführt werden alle Druckarbeiten
für Private u. Industrie.

HUGO SEITZ

Buchdruckerei

Waldmohr (Pfalz) · Fernsprecher 32

OHNE ILLUSIONEN

Politik der Realitäten

lautet der Titel des interessanten Buches, herausgegeben
von Bundestags-Präsident Dr. Erich Köhler.

Senden Sie noch heute Ihre Bestellung an „Arbeits-
gemeinschaft CDU/CSU, Frankfurt-M., Bettinastraße 64“
bei gleichzeitiger Überweisung des Betrages von DM 2.—
einschließlich Versandkosten auf das Postscheckkonto:
Arb.-Gemeinschaft CDU/CSU, Frankfurt/M. Nr. 39967

In Kürze erscheint unser

Politisches Jahrbuch der CDU-CSU

Herausgeber:

Generalsekretär der A. G. CDU-CSU
Bruno Dörpinghaus und Dr. Kurt Witt

mit Beiträgen namhafter Politiker, u. a.

Ministerpräsident Arnold, Ministerpräsident Dr. Ehard
Wirtschaftsminister Prof. Dr. Erhard

Für jeden wirtschafts- und kulturpolitisch interessierten Menschen
ein unentbehrliches Nachschlage-Werk

Es unterrichtet Sie über:

**Werden und Wachstum der Union
Wille und Werk der CDU-CSU**

Außerdem enthält es wertvolles statistisches Material.

**Repräsentativste Jahres-Erscheinung der Union
In Halbleinen gebunden, ca. 360 Seiten Umfang.
Format Din A 5 Vorzugspreis DM. 6.80**

Bestellungen sind zu richten an:

Arbeitsgemeinschaft der CDU-CSU, Generalsekretariat Frankfurt/M., Bettinastr. 64

Das Geheimnis des geschäftlichen Erfolges
liegt in einer wohlgedachten Werbung, und als führendes
Werbemittel hält die Anzeige die Spitze.

3

Werbeträger von Bedeutung weisen den Weg
zum Käufer:

RHEINISCHE VOLKSBLÄTTER

Im Industriegebiet von Rhein und Ruhr verbreitet.
Ein Anzeigenorgan mit einem qualifizierten, kaufkräftigen Leserkreis.

NEUE HEIMAT

Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Evakuierte in Hessen
- die bereits kaufinteressierten Kreise - lesen sie.

Wirtschaftspolitisches Buch

Die Werbebelegenheit mit bleibender Wirkung,
gelangt in die Hände des zahlungsfähigen Käufers.

Kaufen Sie sich Anzeigenraum bei der
Hauptanzeigenagentur

Dr. Stamer & Włodarczak

Leverküsen-Schlebusch Hamburg-Bahrenfeld Frankfurt am Main
Saarlauternerstraße 6 Ruf: 42 68 95 u. 42 19 16/19 Bettinastraße 64
Ruf: 2020 Ruf: 7 59 24/7 71 78

bis zum heutigen Tag regelmäßig durchgeführten Kultusministerbesprechungen, eine möglichst weitgehende Angleichung des Bildungswesens nach der inneren Zielsetzung wie nach dem äußeren Aufbau zu verwirklichen. Diese ständigen Zusammenkünfte wurden freilich neuerdings von der Bonner Bundesregierung, und zwar aus dem Innenministerium, angefochten, da sie die Gefahr einer Nebenregierung im Deutschen Bundesstaat in sich trügen. Jedenfalls dürfen wir feststellen, daß die bedauerliche Buntscheckigkeit der deutschen Schulausbildung nicht den deutschen Kulturpolitikern zum Vorwurf gemacht werden darf, die ihrerseits alles versucht haben, sie zu vermeiden bzw. möglichst zu beheben.

Zum zweiten Punkt der Kritik, daß dem Französischen und Englischen nicht genügend Raum im Ausbildungsplan gelassen wäre und insbesondere die Sprecherziehung bei diesem Fachunterricht zu kümmerlich sei, muß folgendes erwidert werden:

Stundenplanmäßig ist in den westlichen Zonen dem neusprachlichen Unterricht, wenn man vom grundständigen altsprachlichen Gymnasium absieht, hinreichend Raum und Entwicklungsmöglichkeit gelassen. Wenn diese Möglichkeiten sich in den vier Jahren nach dem Zusammenbruch im allgemeinen noch nicht in wünschenswerten greifbaren Erfolgen auswirken konnten, so hängt dies mit den auch heute noch vorhandenen Schulnöten zusammen: Raumangel, Mangel an Lehr- und Lernmitteln und Mangel an geeigneten Fachlehrkräften. Die in der amerikanischen Zone empfohlene und z. T. verwirklichte Lernmittel- und Schulgeldfreiheit erweist sich, vor allem bei gemeindlichen und privaten Schulen, eher als Hemmung, denn als Förderung, da die beschränkten Geldmittel Ersparnisse auf anderen Kulturgebieten auslösten. Namentlich die Frage der Fachlehrer für die Neusprachen kann erst auf weite Sicht gelöst werden. Durch die strenge, z. T. allzu mechanische Durchführung des Denazifizierungsgesetzes wurden vielfach beruflich Geeignete namentlich aus der mittleren Lehrergeneration allzu lange von der Unterrichtsarbeit ausgeschlossen. In Hessen z. B. war das Durchschnittsalter der im Jahre 1945 zum Unterricht zugelassenen Lehrer 52 Jahre. Hierbei war schon eine beachtliche Gruppe junger „Neulehrer“ eingerechnet, die in Schnellkursen gebildet, zwar bestes Be-

rufsethos, aber namentlich in den Fremdsprachen z. T. nur eingeschränkte Fachausbildung zeigten. Auch die Tatsache, daß die Neusprachler schon seit 1933 von allen Auslandsstudien abgeschnitten waren und so in ihrer eigenen Fachausbildung nach der Sprechfertigkeit hin verkümmerten, trägt dazu bei, daß ein vollwertiger neusprachlicher Unterricht bis heute nur selten verwirklicht werden kann. Es bleibt freilich für die Neueren Sprachen unser deutsches Bildungsziel, Sprach-erziehung als Grundlage für das selbständige Eindringen in die Kulturwerke des Fremdvolkes als vordringlich anzusehen, wobei die Erfahrung bestätigt, daß das Sprechenkönnen in der Fremdsprache dem sprachlich Begabten auch ohne besondere Übungen zuwächst. Rein aus Nützlichkeitsgründen eine vereinfachte Fremdsprache, eine Verkehrssprache als Lernziel einzuführen, wie das Pidgin Englisch der Neger und Seeleute oder das neuerdings vielerörterte Basic Englisch, läßt sich schwer mit der Würde und dem Gewicht des neusprachlichen Unterrichts vereinbaren. Das hindert freilich nicht, daß man in Höheren Schulen zusätzlich oder in Fach- und Berufsschulen grundsätzlich fremdsprachliche Konversation und Korrespondenz als Sonderziele setzt und zu verwirklichen sucht. Darüber hinaus bleibt es für uns ein altes erprobtes Anliegen, durch Lehreraustausch Lehrkräfte der Fremdvölker als Lektoren in unseren Schulen verwenden zu können, wie es vor der Machtergreifung immer geschehen war.

Bei voller Würdigung der Kritik an den derzeitigen Zuständen in der deutschen Schulausbildung und in dem ersten Streben, diese Mängel zu beheben, dürfen wir Deutsche dringend darum bitten, daß, wie in der allgemeinen Politik, auch in der Schulpolitik der Deutschen Bundesrepublik bzw. ihrer Länder, die unmittelbare Einwirkung der Hohen Kommissare und ihrer Landesstellen nachläßt und man von der Methode der Direktion zu der fruchtbareren Praxis der Inspiration übergeht. Auch auf diesem Wege werden die deutschen Kulturpolitiker alle fördernde Hilfe für unser deutsches Schulwesen dankbar annehmen. In echter Begegnung könnten Schulerzieher von drüben und Hüben Wege und Mittel suchen, wie wir auch durch das Medium der Sprache zu einer uns allen am Herzen liegenden „Völkerverständigung“ kommen.

AVI Sowjetisch bes. Zone

Erste Aufträge für Berlin — Bundesregierung stärkte Vertrauen

Berlin hat die ersten Aufträge aus den Westzonen erhalten, und zwar in Gestalt einer Bestellung von 7000 Eisenbahnermänteln. Ferner wird bekannt, daß auch die Berliner Elektro- und Möbelindustrie größere Aufträge erhalten hat. Die Hilfe des Bundes läuft an und die Arbeitslosigkeit von ¼ Million in Berlin, die einer Arbeitslosenzahl von über 7 Millionen in den Westzonen entsprechen würde, dürfte nunmehr langsam im Laufe des Winters absinken. Das ist das Verdienst der Bundesregierung in Bonn, die das Vertrauen zu Berlin stärkte.

In einer großen Konferenz aller Mandatsträger der CDU aus allen Bezirken Groß-Berlins, zu der auch die Mitglieder aus dem russischen Sektor in großer Zahl erschienen waren, wandten sich Bundestagsabgeordneter Dr. Krone, Stadtkämmerer Dr. Haas und Baurat Spennrath von der AEG gegen die tendenziöse Polemik des Berliner sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Franz Neumann, der im Stadtparlament die Politik Professor Erhards scharf angegriffen hatte. Der Landesvorsitzende Dr. Schreiber stellte fest, es sei unerträglich, daß die im Berliner Magistrat führende Partei aus Verärgerung über ihre Wahlniederlage in den Westzonen in so auffällender Weise gegen die Bundesregierung Stellung nehme, von der sie gleichzeitig so viel Hilfe erwartet. Die Berlin-Hilfe sei die erste große politische Tat der Bundesregierung, für die nicht zuletzt sich die Unterhändler der CDU eingesetzt haben. Berlin habe alle Veranlassung, die sozialdemokratischen Unterstellungen zurückzuweisen. Stadtkämmerer Dr. Haas teilte mit, daß in etwa acht Tausend das Gesetz über die Aufwertung der Uraltkonten, das in Berlin etwa 250 Millionen DM flüssig machen wird, herausgebracht werde.

Für die sozialdemokratische Haltung ist bezeichnend, daß für die Kinder der nach Berlin versetzten Beamten aus den Westzonen, die Gymnasien besuchen, in einer einzigen höheren Schule besondere Sexten und Quinten mit Latein als Anfangsfremdsprache eingerichtet wurden. Da diese Klassen zu klein sind, wurden in sie auch Berliner Kinder der sogenannten Einheitschule aufgenommen. Diese dürfen aber nicht Veranlassung des sozialdemokratischen Hauptschulamtes an den Lateinstunden nicht (!) teilnehmen, sondern erhalten während der gleichen Zeit Englisch.

AIV Sowjetisch bes. Zone

Die politische Polizei der Sowjetzone

Der stellvertretende Ministerpräsident des Sowjetprotektorats Walter Ulbricht (SED) hat die Leitung der politischen Polizei der Sowjetzone, der berüchtigten Abteilung K 5 der Volkspolizei übernommen. Sein Stellvertreter bleibt Erich Mielke. Mielkes Name wurde am 9. August dadurch bekannt, daß er als einer der Täter genannt wurde, der zusammen mit anderen Kommunisten damals die beiden Berliner Polizeihauptleute Anlauf und Lenk vor der Volksbühne am Bülowplatz ermordete. Der damals erlassene Steckbrief gegen Ulbricht und Mielke wegen Doppelmordes ist noch heute in Kraft. Generalstaatsanwalt Kynast, der nach 1945 eine Strafverfolgung der beiden durchführen wollte, wurde auf Veranlassung der Sowjets in Hausarrest genommen und konnte sich nur durch die Flucht nach Westberlin retten.

AIV 7a Flüchtlinge Allgem.

Wo sind die Sudetendeutschen?

Die Gesamtzahl der Deutschen in der Tschechoslowakei vor dem zweiten Weltkrieg betrug nach einer Statistik des Oesterreichischen Forschungsinstituts für Wirtschaft und Politik 3,6 Millionen. Im Krieg gefallen oder noch in Kriegsgefangenschaft sind 300 000. Die Opfer der Vertreibung werden mit 600 000 beziffert; danach verbleiben 2,7 Millionen. Die Sudeten- und Slowakei-Deutschen büßten also in wenigen Jahren rund ein Viertel ihres Bestandes ein, wobei die Kriegsverluste von den Verlusten durch die Aussiedlung nach Kriegsende um das Doppelte übertroffen wurden. Von den am Leben gebliebenen Sudetendeutschen halten sich heute auf: In der amerikanischen Zone Deutschlands 1,5 Mill., in der britischen Zone 600 000, in der Sowjetzone 270 000, noch in der Tschechoslowakei 180 000, in Oesterreich 150 000, zusammen also 2,7 Millionen. Die im Laufe der Jahrhunderte von den Sudetendeutschen angesammelten und nun in der Tschechoslowakei ohne jede Entschädigung zurückgelassenen Vermögenswerte sind mit rd. 19,44 Mrd. Dollar zum 8. Mai 1945 errechnet worden. Das ist soviel, wie die Marshall-Plan-Hilfe für den halben europäischen Kontinent für einen Zeitraum von etwa vier Jahren ausmacht.

C c Ausschüsse**Bildung eines Landeswirtschaftsausschusses
des Rheinlandes**

Unter dem Vorsitz von MdB Dr. Lehr, Düsseldorf, fand in Köln eine vorbereitende Sitzung des Arbeitsausschusses zur Bildung eines Landeswirtschaftsausschusses statt. Die Besprechungen erstreckten sich auf organisatorische Fragen mit dem Ziel, ein arbeitsfähiges Gremium zu schaffen, das der Struktur des Gebietes Nordrhein in regionaler und fachlicher Hinsicht entspricht. Es wurden fünf bezirkliche Ausschüsse und sieben Fachausschüsse gebildet. Zum Vorsitzenden des Landeswirtschaftsausschusses wurde MdB Dr. Lehr, zum stellvertretenden Vorsitzenden L. Hopmann, Köln, gewählt. Die Konstituierung des Wirtschaftsausschusses soll demnächst in Bonn erfolgen. (Vergl. Nr. 184 vom 29. Okt.)

A V e Niedersachsen**CDU Niedersachsen gegen „kalte“ Schulreform**

Im Interesse der Erhaltung des mittleren und höheren Schulwesens hat sich die CDU-Fraktion des niedersächsischen Landtages in einer Großen Anfrage an den niedersächsischen Kultusminister gewandt, ob diesem bekannt sei, daß untergeordnete Verwaltungsstellen, z. B. die Regierung Hildesheim, den Versuch machen, die Schulunterhaltungsträger gegen deren Willen zu veranlassen, statt der Mittelschulklassen gehobene Abteilungen oder Aufbauklassen an den Volksschulen einzurichten. Der Minister wird um Auskunft ersucht, ob er bereit sei, die ihm nachgeordneten Regierungsstellen anzuweisen, sich streng an ihre Verwaltungsaufgaben zu halten und das Recht der Eltern auf Mitbestimmung zu wahren.

C c Ausschüsse

A V f Nordrhein-Westfalen**Um die Verfassungsentwürfe Nordrhein-Westfalen**

Die Vorarbeiten für die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen haben zu einem Streit geführt, der sowohl von der CDU als auch von der SPD äußerst hartnäckig geführt wird. In dem SPD-Entwurf, der auf 80 Artikel zusammengezogen wurde, ist die Schulfrage unberücksichtigt geblieben. Die CDU-Fraktion des Landtages wird demgegenüber auf einer verfassungsrechtlichen Sicherung der Schulfragen bestehen. Da im Bonner Grundgesetz eine völlige Klarstellung des Elternrechts nicht erfolgt ist, muß umso größerer Wert auf eine Regelung der Schulfrage in der Landesverfassung gelegt werden, zumal sie nach dem Grundgesetz ausdrücklich Angelegenheit der Länder sein soll.

A IV 1 b Kommunale Selbstverwaltung**Kommunale Referate im Innenministerium
des Bundes**

Wie Bundesinnenminister Dr. Heinemann erklärte, wird die im Innenministerium zu bildende Abteilung für Bundesverwaltung zwei kommunale Referate erhalten, von denen das eine die Gemeindeordnung und das andere die kommunalen Finanzen betreuen werde. Bundesinnenminister Dr. Heinemann betonte bei dieser Gelegenheit, daß er auf die finanzielle Selbstständigkeit der Gemeinden gegenüber den Ländern größten Wert lege. Eine von der Kommunalpolitischen Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU in Fulda erhobene Forderung nähert sich damit der Erfüllung. (Vergl. Nr. 186 vom 5. Nov.)

A III 1 a CDU/CSU**Vertreter des Handwerks im Bundestag**

Als Vertreter des Handwerks oder dem Handwerk nahestehend gehören dem Bundestag an: **CDU/CSU:** Fritz Mensing, Hameln, Deisterstraße 44, Josef Becker, Pirmasens, Uhlstraße 9, Bernhard Günther, Köln, Venloer Straße 48, Eugen Huth, Wuppertal, Martin Loibl, Neuburg/Donau, Fritz Schuler, Calw/Wtbg.; **SPD:** Heinrich Höcker, Herford; **BP:** Dr. Etzel, Bamberg; **DP:** Wilhelm Bahlburg, Jeseteburg/NS, Rudolf Eickhoff, Eulingen/NS; **FDP:** Hans Dirscherl, Nürnberg, Bauhof 9, Georg Kohl, Brackenheim bei Heilbronn, Karl Wirtz, Wuppertal. Als Handwerksvertreter gelten ferner: Alois Feldmann, Geseke (CDU) und Krause, Lippstadt (Z).

A VI Sowjetisch bes. Zone

A IV 4 a Landwirtsch. Allgem.**Gründe für die Landflucht**

Auf der Generalversammlung des „Verbandes der europäischen Landwirtschaft“ führte der deutsche Vertreter, Dr. v. d. Schulenburg, zur Landflucht in Westdeutschland aus: Seit 1945 wanderten 30 Prozent der Arbeitskräfte vom Lande ab. Der Anteil der in der Landwirtschaft tätigen Personen ist von 32 Prozent im Jahre 1914 auf 17 Prozent im Jahre 1948, im hochindustrialisierten Land Nordrhein-Westfalen sogar auf 10 Prozent der Gesamtbevölkerung zurückgegangen. Diese Entwicklung führte v. d. Schulenburg im wesentlichen auf folgende Ursachen zurück: Mißverhältnis zwischen den industriellen und den landwirtschaftlichen Produktpreisen, Wohnungsnot, Mangel an Berufskleidung in den ersten Nachkriegsjahren, unzureichende Einkommensverhältnisse. Die Forderungen der Landwirtschaft gehen dahin: Angleichung der landwirtschaftlichen Produktpreise an die gewerbliche Wirtschaft und der Landarbeiterlöhne an die vergleichbaren Löhne der gewerblichen Wirtschaft.

C d Junge Union**Pfalztag der Jungen Union**

Der Pfalztag der JU, der am 23. Oktober in Neustadt a. d. Haardt stattfand, zeichnete sich durch einen starken Besuch aus. Die mit Ernst und Sachkenntnis vorgetragenen Anregungen und Vorschläge zu politischen Tagesfragen bewiesen, daß die JU ihrer Aufgabe, der Union den politischen Nachwuchs zu sichern, gewachsen ist. Landtags- und Bundestagsabgeordnete gaben durch ihre richtungweisenden Darlegungen der Tagung ein hohes Niveau. Der bisherige Vorsitzende Winfrid Thirolf, Edenkoben, wurde einstimmig wiedergewählt; ihm zur Seite steht Kurt Schmitt, Ludwigshafen.

Randglossen

Der Oberbürgermeister von Wiesbaden, Redhammer, hat den Mut besessen, 50 kriegsversehrte englische Offiziere und Soldaten zu einem mehrwöchigen kostenfreien Kuraufenthalt nach Wiesbaden einzuladen. Der Verband der Körperbeschädigten in Wiesbaden hat in einem Offenen Brief gegen diese Absicht des Oberbürgermeisters protestiert und auf die Notlage der deutschen Kriegsbeschädigten hingewiesen. Wir sind weit davon entfernt, diese Not zu bagatellisieren; wir wissen zu genau, wieviel Not sich hinter den Türen mancher Lazarette, Krankenhäuser und Wohnstuben verbirgt. Aber die Absicht des Wiesbadener Oberbürgermeisters hat nicht nur einen sozialen, sondern auch einen realen politischen Sinn, und der wird von dem Verband übersehen. Als vor einigen Wochen der Bundeskanzler seine Regierungserklärung abgab und dabei nicht namentlich die englischen Hilfsorganisationen erwähnte, die sich des Nachkriegselendes im deutschen Volke angenommen haben, erhob sich in der gegnerischen Presse ein Sturm der Entrüstung. Jetzt, wo der Oberbürgermeister einer Weltkurstadt ein praktisches Beispiel des Dankes statuiert, erhebt sich der Protest, daß zuviel getan werde. Womit erneut bewiesen wird, wie schwer die Kunst ist, es allen recht zu machen. Oder sollte der Protest nur deshalb erhoben worden sein, weil es ein CDU-Oberbürgermeister war, der hier ein nachahmenswertes Beispiel praktischer Verständigungspolitik exemplifizierte?

*

Alfred Loritz hat sich im Bundestag als ein etwas eigenwilliger aber doch immerhin verständiger Vertreter seiner WAV eingeführt. Ob es das glatte Parkett des Bundestages oder die etwas von preußischem Geiste erfüllte Bonner Luft ist, was so mäßigend auf ihn einwirkte? Von Herzen wohl fühlt sich Loritz doch eigentlich nur bei seinen angestammten Bayernfreunden, vor denen er seinem Temperament keine Zügel anzulegen braucht, und vor denen er so daherreden kann, wie es seinem Naturell entspricht. Davon hat er am letzten Sonntag wieder eine Kostprobe geliefert als er erklärte, er warte nur auf den Moment, wo er genügend Material gegen den Bundeskanzler und den Bundespräsidenten in Händen habe, um die totale Unfähigkeit der Regierung vor aller Welt zu beweisen. Dann werde die Stunde schlagen, da er, Loritz, das Heft in die Hand nehmen kann. In Erwartung so vieler Pöstchen klatschten seine Zuhörer begeistert Beifall. Es ist schon richtig, daß das Leben die besten Romane schreibt — die besten Komödien schreibt jedenfalls die Politik!